

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

England und die Weltabrüstung.

Für Beibehaltung der Kreuzer, gegen U-Boote, für Einschränkung der Luftwaffen.

Am Freitag fand in London eine bemerkenswerte Kundgebung zur Abrüstungsfrage statt. Sie war veranstaltet von der englischen, fast eine halbe Million Mitglieder zählenden Völkerbundsgesellschaft. Sie sollte bereits vor der letzten Völkerbundsversammlung stattfinden, um einen moralischen Druck auf die englische Delegation auszuüben, mußte aber wegen des Generalfreizeits vertagt werden. Sie wurde jetzt abgehalten, um den zur britischen Reichskonferenz versammelten Staatsmännern der Dominien in England, den neben der Arbeiterklasse, in breiten bürgerlichen Schichten lebendigen Willen zur Friedenspolitik zu demonstrieren und ihre technischen und strategischen Einwände zu bekämpfen.

Die Haltung der britischen Delegation in Genf hatte großes Aufsehen erregt. Bisher war England im Völkerbunde in der Abrüstungsfrage führend gewesen. Es hatte gegen Frankreich den Beschluß durchgesetzt, von Völkerbunds wegen eine Abrüstungskonferenz vorbereiten zu lassen. Im September aber zögerte gerade England, brachte Bedenken über Bedenken vor und überließ es Frankreich, darauf zu dringen, daß die Vorarbeiten endlich abgeschlossen und die Konferenz im Frühjahr nächsten Jahres einberufen werden sollte. Diese, wohl zum allergrößten Teil auf persönliche Unsicherheit und Unzulänglichkeit zurückzuführende Haltung Chamberlains, der sich auch Cecil nicht entzog, rief in England scharfe Kritik hervor. Die abrüstungsfreundlichen Elemente haben es jetzt erreicht, daß zum ersten Male seit der Konferenz von Washington — und das ist die Bedeutung dieser Kundgebung — von verantwortlicher Seite ein Programm englischer Abrüstungspolitik entwickelt wurde. Es ist natürlich von den englischen Landesinteressen stets mitbestimmt, aber es zeigt doch im ganzen den Willen, die Gesamtheit der Seerüstungen durch internationale Vertrag begrenzen und sie zum Teil noch wesentlich beschränken zu lassen. Lord Robert Cecil, der zweite englische Völkerbundsdelegierte, entwickelte folgende Gedanken, die vom grundsätzlichen Standpunkt aus zwar recht unzulänglich erscheinen, mit der bisherigen Haltung verglichen aber einen nicht unbeträchtlichen Fortschritt bedeuten.

Der Völkerbund nähert sich jetzt der wichtigsten Aufgabe, mit der er sich bisher zu beschäftigen hatte. Er steht im Begriff, die Hauptstellung der kriegerisch gelaunten Geister Europas anzugreifen.

Der Feldzug für die Abrüstung wird lang und schwerlich sein. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß die Niederlegung der Waffen bei allen Beteiligten gleichmäßig erfolgen muß. Was Großbritannien anbetrifft, so muß die britische Abrüstungspolitik zur See von dem Grundsatz der Washingtoner Konvention beherrscht

werden, d. h. Großbritannien muß eine bestimmte, sehr beträchtliche Zahl von Kreuzern zum Schutze seiner Verbindungswege haben. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Größe der Kreuzer nicht herabgesetzt werden kann, vorausgesetzt, daß die anderen Nationen bereit sind, die Größe ihrer Kreuzer ebenfalls zu vermindern. Abgesehen von diesem Punkte braucht Großbritannien keine Einwendungen gegen eine Einschränkung der U-Bootrüstungen zu machen. Besonders erfreulich wäre eine möglichst weitgehende Einschränkung der U-Bootsflotten.

Das britische Heer spielt bei der Abrüstung kaum eine Rolle, da seine Größe nicht durch die anderen Heere, sondern durch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Garnisonen an gefährdeten Punkten des britischen Reiches bestimmt wird. Anders ist es mit der Luftwaffe. Hier muß die Zahl der Flugzeuge von der Stärke der Luftflotten anderer Länder abhängig gemacht werden und hier bietet sich ein geeigneter Gegenstand für internationale Verhandlungen. Bei der Abrüstung kann es sich nur um eine sehr gemäßigte und

Schrittweise Entwicklung

handeln. Die auf der nächsten Abrüstungskonferenz bestenfalls zu erwartenden Vereinbarungen dürfen daher nicht als endgültig, sondern nur als erster Schritt auf ein wahrscheinlich weit entferntes Ziel hin angesehen werden. Großbritannien wird dabei zweifellos etwas zu opfern haben, nichts von seiner Ehre, im Gegenteil, es gibt keine größere Ehre, als die Mitarbeit bei dem Werke der Wiederherstellung, auch nichts von seiner Sicherheit, denn in dieser eng miteinander verbundenen Welt gibt

Die Macht allein keine Sicherheit;

auch nichts von seinem nationalen Interesse, denn das größte Interesse ist der Friede. Unser Opfer ist vielleicht eine Preisgabe des Stolz, der Eigenwilligkeit und der Selbstsicherheit, nämlich die Preisgabe — nicht militärischer Wünsche, denn ich glaube nicht, daß wir als Nation solche haben — sondern des Rechts, an dem wir noch immer festhalten, Richter in eigener Sache zu sein, des „Rechts“, auf eigene Faust Krieg zu führen, der Befugnis, durch Stärkung unserer Diplomatie unsere Macht in die Waagschale zu werfen, anstatt zu erklären, daß wir alle Streitigkeiten dem Schiedsspruch unparteilicher Richter unterwerfen wollen.

Mit dieser Stellungnahme hat Cecil in der Öffentlichkeit das Bekenntnis abgelegt, daß die souveräne Selbstherrlichkeit der Staaten in bezug auf die Rüstung aufhören und die internationale Gemeinschaft die Festlegung der Rüstungen übernehmen muß. Es wird abzuwarten sein, ob und inwieweit vermeintliche oder wirkliche strategische Interessen des britischen Reiches die Verwirklichung dieses Programmes zulassen werden.

Thoiry — und weiter?

Hindernisse der gestrigen Grundeinstellung.

Die Besprechung der beiden Außenminister Deutschlands und Frankreichs, die vor einem Monat in Thoiry stattfand, ist auch in der sozialdemokratischen Presse lebhaft begrüßt worden. Denn dieser Besprechung lag der Gedanke zugrunde, daß die Völker sich selber am besten helfen, wenn sie bestrebt sind, einander zu helfen, statt einander mit militärischen, diplomatischen und handelspolitischen Mitteln zu bekämpfen. Diesem Gedanken zur Verwirklichung zu helfen gerade im Verhältnis der beiden europäischen Hauptvölker zu einander, die so viele blutige Kriege gegeneinander geführt haben, ist ein Werk, des Schweißes der Edelsten wert.

Dabei verkennen wir keinen Augenblick, daß die Kapitalisten beider Länder, soweit sie heute verständigungsbereit sind, mit ihrer Verständigung ganz andere Ziele verfolgen als die Arbeiter. Sie suchen dabei ihren Profit — aber immerhin muß es auch den Arbeitern lieber sein, wenn sie ihren Profit auf diesen neuen Wegen suchen, und nicht auf jenen anderen, die die Massen des arbeitenden Volkes auf beiden Seiten immer wieder auf die große Schlachtbank Europas geführt haben. Den kapitalistischen Tendenzen der Verständigung ein Gegengewicht zu bieten, dazu sind die Arbeiter berufen. Je stärker jene Tendenzen zur Geltung gelangen, desto notwendiger wird es, die Beziehungen der Arbeiter beider Länder immer enger zu gestalten und ihnen auf beiden Seiten der Grenze den maßgebenden Einfluß in Staat zu sichern.

In diesem Sinne wirken auch die bürgerlichen Verständigungspolitikern gegen ihren Willen für uns.

Die Welt ist noch bürgerlich und vom Kapitalismus beherrscht. Der Gedanke, daß die Völker eine Interessengemeinschaft bilden, beginnt erst, sich Anerkennung zu verschaffen. Kein französischer Staatsmann wird mit dem Gedanken durchdringen, daß er dem französischen Volke nützt, indem er etwas tut, was dem deutschen nützt. Kein deutscher Staatsmann hat Aussicht, Lorbeerkränze zu ernten, wenn er Frankreich Zugeständnisse macht, ohne dafür etwas Sichtbares, das für Deutschland heilsam und angenehm ist, nach Hause zu bringen. Da heißt es eben: Gib, damit dir gegeben werde; eine Hand wäscht die andere; für nichts ist nichts.

Deutschland hat den nur zu verständlichen Wunsch, die Besatzung im Rheinland und die Fremdherrschaft an der Saar sobald wie möglich los zu werden. Frankreich leidet an der Unsicherheit seiner Währung und sieht in ihrer Stabilisierung sein nächstes Ziel. Deutschland ist Frankreichs Schuldner. Bekäme Frankreich mit einemmal ein großes Stück Geld in die Hand, so könnte es seinen Franken im Kurs befestigen und der französische Staatsmann, dem dies — mit Deutschlands freiwilliger Hilfe — gelänge, könnte unter Zustimmung von neun Zehnteln seines Volkes als Gegenleistung die Truppen vom Rhein zurückziehen und die Saar freigeben.

So einfach dieser Gedanke, der Gedanke von Thoiry, auf den ersten Blick scheint, so schwer ist er durchzuführen. Denn Deutschland ist nicht nur Frankreichs Schuldner, sondern Schuldner aller Alliierten; es kann also in geldlicher Beziehung nichts tun, um Frankreich entgegenzukommen, ohne Zustimmung auch der anderen Gläubiger. Frankreich wiederum ist nicht nur Gläubiger Deutschlands, sondern es ist auch Schuldner Englands und besonders Amerikas.

Deutschland soll dadurch größere Summen flüssig machen, daß es die Obligationen, die auf seine Reichsbahn gelegt sind, zu Geld macht. Abgesehen von den inneren Schwierigkeiten dieser Operation ist dazu die Zustimmung der am Dawes-Pakt beteiligten Mächte notwendig. Aber diese Zustimmung allein nützt auch noch nichts, wenn sie platonisch bleibt. Die Schuldverschreibungen müssen verkauft werden, dort wo man Geld hat, um sie zu kaufen, und dieses Geld muß Frankreich zugeführt werden. Man braucht also den amerikanischen Markt, und dieser wird sich aller Voraussicht nach nur dann öffnen, wenn Frankreich das Schuldenabkommen mit Amerika ratifiziert.

Nun besteht in Frankreich in vielen Kreisen, besonders auch auf der Linken, gegen die Anerkennung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens eine starke Abneigung. Früher sprach man in Deutschland von der Entente als dem „Schloß mit seinem Schein“, jetzt braucht man in Frankreich dieses Bild für Amerika. In Amerika laufen aber zwei Strömungen zusammen, die auf die Anerkennung des Abkommens bestehen, eine reinkapitalistische, die erklärt: „Schulden sind Schulden“, und eine pazifistische, die sich auf den Standpunkt stellt, ein Entgegenkommen an Frankreich sei solange nicht am Platze, solange Frankreich sein Geld an militärische Rüstungen verschwendet.

So zeigt sich, daß das Problem, wie es in Thoiry gestellt wurde, kein deutsch-französisches mehr, sondern ein Weltproblem ist. Nimmt man dazu, daß die Politik der Verständigung sowohl in Frankreich wie in Deutschland selbst fanatische Widersacher hat, die bemüht sind, jedes Hindernis, das sich auf dem Wege auftut, durch ihre Arbeit noch besonders verstärken, dann begreift man die Fülle der Schwierigkeiten, die der angestrebten Lösung entgegenstehen, man begreift auch, daß ein Optimismus, der von heute auf morgen abschließende Ergebnisse erwartet, durchaus nicht am Platze ist.

Unter diesen Umständen scheint uns eine deutsch-französische Debatte darüber, wer „das größere Opfer“ bringt, Frankreich, indem es das Rheinland räumt, oder Deutschland,

Dementi der Botschafterkonferenz.

Vor der endgültigen Erledigung der Entwaffnungsfrage.

Paris, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu den jüngsten Veröffentlichungen über angebliche Beschlüsse der Botschafterkonferenz erklärt der „Temps“, anscheinend offiziell, daß keinerlei Beschlüsse gefaßt worden seien. Die Botschafterkonferenz habe lediglich die letzten Berichte geprüft, die ihr alle vierzehn Tage von der Interalliierten Kontrollkommission über die deutsche Entwaffnung zugehen. Dabei sei festgestellt worden, daß in einigen Fällen die Entwaffnung noch nicht durchgeführt sei.

London, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine Reuters-Meldung besagt, daß in der jüngsten Sitzung der Botschafterkonferenz die Frage, ob die deutsche Entwaffnung noch nicht vollständig durchgeführt sei, so daß die Übertragung der Ueberwachung der Entwaffnung an den Völkerbund noch nicht erfolgen könne, überhaupt nicht erörtert worden sei. Die Konferenz habe sich lediglich mit laufenden Fragen der deutschen Entwaffnung beschäftigt, über die mit der deutschen Regierung noch ein Schriftwechsel unterhalten wird.

Paris, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter geben eine Meldung aus Berlin wieder, wonach das Interalliierte Militärkomitee in Versailles die Absicht habe, den Chef der Kontrollkommission von Berlin nach Paris zu berufen, um seinen mündlichen Vortrag über den Stand der Entwaffnung entgegenzunehmen. Die offizielle Havas-Agentur sagt dieser Meldung den Zusatz bei, daß man sich auch in Paris frage, ob man nicht schnellerer und sicherer zu einer endgültigen Regelung aller noch schwebenden Entwaffnungsfragen gelangen könne durch eine mündliche Aussprache als durch einen ewigen Schriftwechsel.

Am Mittwoch morgen gaben wir eine Havas-Meldung über Beschlüsse der Botschafterkonferenz wieder, die einen ersten Rückschritt in der Behandlung der Entwaffnungsfrage bedeutete hätten. Aber eine halbamtliche deutsche Feststellung besagte alsbald, daß eine neue Rate der Botschafterkonferenz nicht zu erwarten sei und die noch ausstehenden Fragen mündlich erörtert werden würden. Die drei oben wiedergegebenen Meldungen zeigen, daß die erste offizielle Havas-Meldung auf einer Irrführung beruhte. Es ist noch unauferklärt, wer sie begangen hat. Aber man wird nicht fehlgreifen, wenn man hinter ihr als treibende Kraft Kreise vermutet, die an den dauernden Aufenthalt der Kontrollkommission in Deutschland ein Interesse haben.

Reichsregierung gegen Wilhelms Rückkehr.

Endlich die erste Auslassung.

Wir hatten am Donnerstag auf die Nachsichtigkeit des Auswärtigen Amtes gegenüber den Gerüchten über die geplante Rückkehr des Kaisers hingewiesen. Nun hat gestern das Amt den Berliner Vertreter des Londoner Reuters-Bureaus mit einer „maßgebenden Persönlichkeit“ der Reichsregierung zusammengebracht. Diese Persönlichkeit — also wohl der Außenminister oder der Reichskanzler selbst — erklärte:

Wilhelm II. hat bisher noch kein Rückkehrgesuch an die deutsche Regierung gerichtet. Das Reichsministerium würde jedoch ein solches Gesuch, falls der Exkaiser es überhaupt stellen sollte, ablehnend beantworten.

Das Gesuch zum Schutze der Republik besagt, daß Mitglieder ehemaliger regierender Häuser, die im Auslande leben, nur mit Erlaubnis der deutschen Regierung zurückkehren dürfen. Die Regierung wisse, daß eine Rückkehr des Exkaisers große Unruhe bei einem großen Teil der Bevölkerung hervorrufen und die öffentliche Meinung im Auslande zum Nachteil Deutschlands verhängnisvoll beeinflussen würde. Aus diesem Grunde könne die Regierung ihre Zustimmung zu einer Verlegung des Wohnsitzes von Doorn nach Deutschland nicht geben.

Das Gesetz zum Schutze der Republik laufe zwar im nächsten Sommer ab. Aber vor dem Ablauf dieses Gesetzes werde die deutsche Regierung die erforderlichen Schritte unternehmen, um die Frage des Wohnsitzes für den Exkaiser endgültig zu regeln.

Diese Erklärung ist an sich nicht unbefriedigend. Aber es ist wiederum sehr charakteristisch, daß die Reichsregierung nichts dazu tut, dies allerdings interessante Interview in Deutschland zu verbreiten und daß erst auf dem Wege über London das deutsche Volk erfahren muß, ob die zurzeit „maßgebenden Persönlichkeiten“ der Republik etwas gegen die Rückkehr Wilhelms einzuwenden haben. Es ist selbstverständlich, daß es bei dieser Erklärung an das Ausland sein Bewenden nicht haben darf und die Regierung vor der Volksvertretung selbst die Unmöglichkeit der Rückkehr Wilhelms feststellen muß.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die auf Dienstag, den 26. Oktober, anberaumt war, ist auf Dienstag, den 2. November, 10 Uhr vormittags, verlegt worden.

wenn es seine Eisenbahnobligationen mobilisiert, zum mindesten verfrüht. Sie ist aber nicht nur verfrüht, sondern auch die Gesichtspunkte, von denen sie ausgeht, sind sehr einseitig. Es ist unsinnig, die Dinge so darzustellen, als ob Frankreich ein ungeheures „Opfer“ brächte, wenn es das Rheinland ein paar Jahre früher verliere, als es nach strengster Auslegung des Friedensvertrags ohnehin muß. Und es wäre unantwortlich, wenn Deutschland sich finanziell und wirtschaftlich ruinierte, bloß um den Prestigeerfolg einer etwas rascheren Räumung zu erzielen.

Tatsächlich hat ja auch Frankreich ein starkes eigenes Interesse, baldmöglichst die Besatzung verschwinden zu lassen. Sie heute nur noch eine finanzielle und moralische Belastung darstellt, ohne sonst irgendeinen ersichtlichen Zweck zu haben. Auf der anderen Seite hat aber auch Deutschland ein starkes eigenes Interesse an der Stabilisierung des französischen Frankreich, weil sie dem französischen Dumping ein Ende bereitet und für fruchtbare wirtschaftliche Beziehungen erst die rechte Grundlage schafft.

Man sollte sich also in den Erörterungen, die neben den Verhandlungen von Thoiry einherlaufen, nicht allzusehr auf die Opfertheorie versteifen. Das scheint uns ein Fehler von beiden Seiten, besonders aber auch von der französischen. Denn schließlich steht die Sache doch nicht so, daß Deutschland für jeden Tag früher, an dem die Räumung erfolgt, jeden geforderten Preis zu bezahlen genötigt wäre.

Wünschenswert wäre ein stärkeres Hervortreten des Grundgedankens, daß man sich selber hilft, indem man dem anderen hilft. Die Folge wäre, daß die Verhandlungen auf beiden Seiten mit mehr Noblesse, mehr Weitherzigkeit und weniger Krämergeist geführt werden könnten. als es der Fall ist, wenn man zwei aneinander doch gar nicht mehrbare Größen wie Besatzung und finanzielle Hilfeleistung nach Zenti- und Milligrammen gegeneinander abzuwägen sucht.

Ein Festhalten an dem Grundgedanken einer weitgehenden Interessensolidarität, die eben in dem gesuchten Ausgleich zum Ausdruck kommen soll, ist umso notwendiger, als ja der Weg zum Ziel ohnehin noch weit genug und genug mit Hindernissen gepflastert ist.

Der politische Stahlhelm.

Offene Bekenntnisse.

Nachdem der „Stahlhelm“, das Organ des bekannnten Bundes, seinen verfassungsfeindlichen Programmartikel — „Der Weg zur Freiheit geht nur über die Leiche der Weimarer Verfassung“ — mit längerem Verbot gebüßt hat, stellt er sich jetzt ganz offiziell auf die politische Arbeit ein. Allerdings nur im Sinne der „nationalen Opposition“, was ein sehr nebelhafter Begriff ist. Auf jeden Fall aber politisch, trotzdem das Reichswehrministerium den Stahlhelmbund im Gegensatz zum „Reichsbanner“ immer noch als „unpolitisch“ wertet.

In seiner letzten Ausgabe steht der „Stahlhelm“ auseinander, warum die innere Umstellung des Bundes auf das Politische notwendig geworden sei. Er kommt zu folgender Feststellung:

„Es ist also richtig, daß die Wehrverbandsbewegung heute gezwungen ist, in Gebiete politischer Arbeit einzudringen, die bisher von den Parteien als ihre besondere Aufgabe betrachtet wurde.“

Der Vorstoß in Sachsen, durch den die Stahlhelmer unter Ehrhards Führung die bürgerlichen Parteien in einen Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie pressen wollte, ist mißglückt. Es hat sich, wie „Der Stahlhelm“ bekennt, „gezeigt, daß wir noch nicht stark genug waren, um den Erfolg erzwingen zu können“. Deshalb will der Stahlhelm-Bund versuchen, mit den Parteien, die er noch nicht bezwingen konnte, eine Verständigung zu erzielen, wonach diese Parteipolitik, er selbst aber

reine Politik treiben und sich als die bewußte „nationale Opposition“ etablieren will:

„Die nationale Front hat bisher die notwendige Anerkennung ihres politischen Lebensrechts bei uns noch nicht gefunden. Es ist jetzt Sache der Wehrverbände, ihr dieses Recht zu erkämpfen.“

Die Sache liegt also jetzt klar: Die Stahlhelmer wollen eine politische Gruppe — bloß nicht Partei! — bilden und sich in alle politische Dinge mischen. Das ist ihr gutes Recht, das wir zuletzt ihnen bestreiten wollen. Aber es ist gut, daß sie diese politische Betätigung jetzt offen bekennen. Daraus ergeben sich besonders für das Reichswehrministerium Konsequenzen, die es hoffentlich nicht übersehen wird. Es ist ganz undenkbar, daß auch in Zukunft noch die „nationale Opposition“ das einzige Rekrutierungsgebiet der Reichswehr der Republik bilden darf.

Thälmann träumt von Barrikaden.

Wieder rrrrevolutionär?

Heute vor drei Jahren unternahmen einige hundert opfermutige, aber irreführte Arbeiter in Hamburg den von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch, mit Waffengewalt die politische Macht an sich zu reißen. Dieses traurige Ereignis, das so vielen Menschen Leben und Freiheit kostete, wird heute in einem äußerst schwungvoll geschriebenen Artikel, den Thälmann zeichnet, verherrlicht. „Ihr Herren“, heißt es da zum Schluß, „mollt wissen, wie der Kampf um die proletarische Diktatur aussieht. Seht auf Hamburg!“

Die Bourgeoisie wird über diese Redensarten nicht erschrecken. Wenn der Kampf um die proletarische Diktatur so aussieht, daß ein paar hundert Proletarier erschossen werden oder ins Gefängnis kommen, so wird sie sich davor nicht fürchten. Sie wird sich höchstens gewarnt fühlen und ihre Vorbereitungen treffen.

Das Tragikomische dabei ist, daß die KPD. im Ernst gar nicht im entferntesten daran denkt, den Weg nach den Barrikaden zu suchen. Die rollenden Redensarten sind nur dazu bestimmt, die Anhänger darüber zu täuschen, daß dieser Weg längst verlassen worden ist.

Wie falsch er war — darüber entschlüpft dem Verfasser des Thälmann-Artikels unversehens folgendes Geständnis:

Die Zeit, die den Hamburger Kämpfen folgte, war eine Zeit der Niederlage und des Niederganges der Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterklasse erlebte an eigenen Leiden die bittere Wahrheit der alten geschichtlichen Erfahrungen: Wenn die Arbeiterklasse auf den Barrikaden geschlagen wird, dann wird die Offensive der Bourgeoisie gegen Lebenshaltung und politische Rechte noch heftiger.

Danach hat das unsinnige Vorschlagen in Hamburg nur die Folge gehabt, daß ein Niedergang der Arbeiterbewegung eingetreten und die Offensive der Bourgeoisie noch heftiger geworden ist. Für dieses Ergebnis können sich die Arbeiter bei denen bedanken, die den Weg auf die Hamburger Barrikaden gewiesen haben.

Wenn es den Kommunisten nicht nach ähnlichen Erfolgen ähnlicher Art gelüftet — und wir wissen, daß sie davon genug und übergenug haben — dann ist diese gar nicht ernst gemeinte Ankündigung neuer Ereignisse à la Hamburg doch nichts als ein ganz unverantwortliches Geschwätz.

Thälmann und Konjoren wollen offenbar zeigen, daß man zum Niedergang der Arbeiterbewegung und zur Verschärfung der Offensive der Bourgeoisie auch schon dadurch beitragen kann, daß man gar nicht auf die Barrikaden geht, sondern nur davon schwätzt.

Der Oberpräsident von Ostpreußen teilt uns mit, daß Regierungsrat Dr. Rohde vom Königsberger Oberpräsidium an der Reise ostpreussischer Wirtschaftsführer nach Kurland nur als Privatperson und nicht als offizieller Vertreter des Oberpräsidiums teilnehme.

Polizeiübergriffe gegen Landarbeiter.

Landpolizei und Rittergutbesitzer.

Dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes werden aus Schlesien folgende Begebenheiten berichtet:

1. Der Arbeiter G. C. wurde von dem Rittergutbesitzer L. G. in L. im Kreise Bunsau zur Arbeit verpflichtet. Als er 14 Tage in Gemeinshaft mit seiner Frau und seiner 19 Jahre alten Tochter gearbeitet hatte, verlangte er Lohn. Der Lohn wurde ihm verweigert mit der Begründung, daß er die Umzugskosten abzuwickeln hätte. Angesichts der Unmöglichkeit, eine sechs-köpfige Familie ohne Geld über Wasser zu halten, stellte G. C. die Arbeit ein. Was machte der Rittergutbesitzer? Er holt sich den zuständigen Landjägerbeamten heran, läßt in seinem Beisein den Schweinestall des G. C. erbreichen und ein 140 Zentner schweres Schwein entführen. Der Arbeiter legte daraufhin bei dem Beamten ein geharnischtes Bescheid ein, worauf er folgende Antwort erhielt: „Arbeiten Sie doch, der Herr muß sich doch schadlos halten. Dagegen kann ich nichts machen.“ Dieser Fall ereignete sich am 17. Juli 1926. Bis jetzt hat der Arbeiter das Schwein, das er sich von der letzten Arbeitsstelle mitgebracht hat, noch nicht zurückerhalten.

2. In einer auf demselben Rittergut gelegenen Wohnung wohnte eine Wöchnerin mit einem 5 Wochen alten Kind. Am 31. August 1926 fand sich der in den vorstehenden Zeilen bereits erwähnte Landjägerbeamte auf dem Rittergut ein und unterstellte den Rittergutbesitzer in dem Bemühen, die Wöchnerin auf die Straße zu setzen. Die Frau wurde dabei von dem Beamten sogar bedroht, indem er sagte: „Ob Sie ein kleines Kind haben oder nicht, ist mir egal, jetzt fliegen Sie auf die Straße.“ Rotgedrungen wurde ein Wagen gemietet und die Wöchnerin erst am Spätnachmittag nach einem 18 Kilometer entfernten liegenden Orte transportiert.

3. Auf den Gütern des Freiherrn von B. in K. im Kreise Bunsau bekamen die Arbeiter nicht den Tariflohn. Sie setzten sich deshalb mit dem zuständigen Geschäftsführer des Deutschen Landarbeiterverbandes in Verbindung. Seine Verhandlungen, die er im Beisein sämlicher Arbeiter führte, scheiterten. Das gab ihm Veranlassung, am Montag, den 23. August 1926, nachmittags mit den Leuten vor dem Hofstort zu sprechen. Während dieser Aussprache erschienen auf Anruf des Freiherrn zwei Landjägerbeamte, die die Leute, ohne sich an die Aufforderung des Verbandsangestellten zu halten, mit folgenden Worten zur Arbeit antrieben: „Leute, seid vernünftig und geht an die Arbeit. Ihr macht euch und uns allen das Brot nur teurer. Der Streik bringt euch nichts ein. Ihr verdient nur dadurch. Es sind Fälle aufzuweisen, wo die Familien jahrelang zu tun hatten, ehe sie aus den Schulden herauskamen, die durch einen sinnlosen Streik entstanden sind.“

4. Auf dem Gute des Rittergutbesitzers Sch. in M. im Kreise Bunsau haben drei Arbeiter die Stelle gekündigt, weil es unzulänglich war, die im Tarifvertrag vom 6. August vorgesehene Erntezulage zu erhalten. Am 12. September fanden sich diese Arbeiter mit ihren Familienangehörigen auf ihrem Dependance ein, um die von ihnen gefähten Kartoffeln zu ernten. Schnell entschlossen setzte sich der Rittergutbesitzer auf sein Auto, holte je einen Landjägerbeamten aus Thomaswalddau und Koiserswalddau herbei, wartete mit ihnen die Beendigung der Erntearbeit ab und brachte sie dann dazu, daß sie den Arbeitern die geernteten Kartoffeln in einer Menge von 110 Zentnern mit der Erklärung beschlagnahmten, sie seien als Schadenersatz für den Arbeitgeber zu bewerten.

Das sind die dem Deutschen Landarbeiterverband gemeldeten Begebenheiten. Sie zwingen uns zu folgenden Fragen:

1. Was gedenken die zuständigen Stellen zu tun, die beteiligten Beamten zur Rechenschaft zu ziehen und dafür zu sorgen, daß für die Zukunft derartige Übergriffe unterbleiben?

2. Welche Stellen erstatten den Schaden, der den Arbeitern bei den Vorgängen entstanden ist?

„Lulu“ von Frank Wedekind.

Staatstheater.

Kurz vor seinem Tode war Frank Wedekind duldsam geworden. Er gestattete Regisseuren und Theaterdirektoren, daß sie seinen Stücken ein wenig Gewalt antaten, um die Leute ins Theater zu ziehen. Ja, er half sogar mit, wenn es galt, ein wenig zu streichen und eine Aufführung zustande zu bringen, die der großen Masse gefiel. So gab er zu, daß man aus „Erde und Luft“ und „Wälsche der Pandora“ das große „Lulu“-Stück zusammenschmiedete. Von Lulus Anfängen bis zu ihrer Ermordung soll alles über die Bühne rufen. Es gibt keine Akte mehr, in denen dieses Weibproblem auch ideell durchgefochten wird, es gibt nur noch Bilder, die schauerlich beweisen, wie rapide Lulu herunterkommt. Wedekind hatte seine besondere Vorstellung vom Theaterspielen. Er hielt nicht viel von sorgfältigen Vorbereitungen, gekünstelten Psychologien und sogenannten Bergleistungen. Er hat nie selbst auseinandergesetzt, man müßte eigentlich jedes Theaterstück improvisieren. Ein Saal, irgendeine Erhöhung davor, in dem man Bretter über Bierfässer legt, und die Bühne wäre da. Die Kulisse, d. h. die Ausstattung, der Prunk der Requisiten oder ähnliches, was das Auge nur anzieht, bedeute wenig. Der Mensch, der sich leidenschaftlich im Worte austobt, bedeute alles im Theater. Worte, Worte, durch die sich das Innere des Menschen verrät, das war sein Verlangen.

Jetzt ist Wedekind tot. Man will ihm folgen und im Staatstheater so spielen, wie er es sich dachte. Lulu als Gesellschaftsschauspiel, etwa das, was die Spanier im bürgerlichen Zwischenspiel ihrer Meisterwerke dramatisiert haben. Ein Ausschnitt aus dem Leben, ganz der Wirklichkeit angepaßt, nicht viel verklärt, die Kolportage am Schopfe ergriffen, keine Uebersinnlichkeit. Jeder kann die Moral nach Hause tragen, die seinem Gemüt behagt.

Sieht man dieses Wedekind-Theater heute genauer an, so ist es geniales Dilettantenstück. Es ist losgerissen von jeder artistischen Tradition. Es ist das gleiche Theater, das Wedekind selber spielte, wenn er persönlich auf die Bühne trat. Der Schauspieler soll nicht jahrelang mühevoll abgerichtet werden, er soll sich wie ein Bessener auf die Lebensdinge stürzen, die er darstellen möchte. Das nämliche tut Wedekind auch, wenn er die dramatische Textunterlage für die Komödianten liefert. Die ungeheure Explosion des Gesellschaftsbeobachters und Kritikers will sich entladen. Man nannte vor einem Jahr noch solchen Stil expressionistisch. Ja, Wedekind ist der Urvater des modernen expressionistischen Theaters, das Gott sei Dank im Aussterben, wenn nicht gar schon vollkommen verstorben ist.

Hier, in dieser Lulu-Tragödie ist der schreiende Bühnenexpressionismus Wedekinds aber etwas Ungeheures. Der Dramatiker zerpulvert allen Widerstand. Er zerlegt die überlebte Kunst. Man hüte sich, ihn bloß wie einen trockenen Naturatzen einzuschälen, der sorgfältig Wirklichkeitsbilder für die Bühne

anpflanzelt. Rein, Frank Wedekind war der gewalttätige Expressionist, der alle Vorgänge auf der Bühne überschreit. Die Menschen, die er dramatisiert, sind so sehr vergrößert wie die auf den Kothurn gestellten Wesen der alten griechischen Tragiker. Es ist eine phantastische Welt, die Wedekind bildet, die Welt, die auf der Bühne gespielt werden soll, darf darum nicht in einen nüchternen Naturalistenstil hineingestoßen werden.

Erich Engel, der Regisseur, blieb der Tragödie Wedekinds sehr viel bei diesem Spiele schuldig. Er scheute sich, die Personen auf der Bühne expressionistisch aufzubonnern. Er typisierte nicht pompös genug. Er hatte Angst vor dem Anstößigen, das durchaus zu dem Kunstideal Wedekinds gehörte. So ward die Aufführung in vieler Hinsicht nüchtern. Es wurde die Seele gesucht, wo man nur den Effekt brauchte. Die dramatische Wirkung wurde gestört, wenn nicht gar aufgehoben.

Außerdem war die Lulu der Frau Gerda Müller eine viel zu kluge, eine allzu scharf überlegende und nur spießig überlegene Frau. Lulu ist ursprünglicher, sie darf nicht von einer Ränflerin gespielt werden, die sich nur Gedanken macht. Frau Müller, die doch sonst wilder und wärmer auf ihre Rollen los geht, schien gehemmt und behindert. Mit einem Wort: die Rolle lag ihr nicht, obwohl die Schauspielerin natürlich bewegen konnte, wenn die großen Ausbrüche am Platz waren. Doch das Kleine, das Riechende, das Tierisch-Gebundene und darum gerade den mannuntermwerbende Naturell fehlte dieser Lulu. Fritz Koriner spielte allein in dem Stil, den diese Wedekindsche Tragödie braucht. Er war der unmittelste Erlaube und Begner dieser Lulu. Er war ihr großartigstes Opfer. Aribert Wälscher fiel auf, da er den Schigolch, den Märchenwatter der Lulu, außerordentlich kühl, örlumpt und philosophisch spielte. Werner Krauß hat hier allerdings einmal den Stil gezeigt, aber Herr Wälscher machte es prächtig nach. Die Geschwiz von Frau Höflich war nicht immer so vollkommen, wie man das früher am Deutschen Theater sah. Man meinte, irgend etwas, das im Zusammenhang steht mit der kostbaren Frauennatur der Frau Höflich, spielte heimlich gegen diese Mannweibrolle. Max Hochdorf.

Einakterabend. Ein Einakterabend bekommt immer etwas Zusammengeschnittenes und Beheftmähiges, wenn die Stücke nicht auf einer Linie liegen. Das Theater in der Kommandantenstraße hat drei Einakter zusammengestellt: Das Gerichtsstück „An Ewigkeit Amen“ von Anton Wildgans, die Grotteske „Der gemaltliche Kommissär“ von George Courtelin und den Schwanz des Russen Anton Tschadow „Heiratsantrag“. Den stärksten Eindruck vermittelte der erste Einakter. Wildgans hat seine Tragödie gegen die kalte Praxis des Untersuchungsrichters mit seinem Herzblut geschrieben. Der mittelschwere österreichische Dichter setzt sich für die aus der Gesellschaft Ausgestoßenen ein und zeichnet ein grell naturalistisches Bild von der herlosen Grausamkeit der Gesetzesmaschine. Wenn der erschütternde Eindruck der flammenden Anklage gegen die Methoden der Justiz an diesem Abend nicht nachhallig bleibt, so liegt das an der Wesensverschiedenheit

der beiden folgenden Einakter, die auf eine groteske lustige Note abgestimmt sind. Die Courtelinesche Grotteske befaßt sich zwar auch mit der reformbedürftigen Untersuchungspraxis des Gerichts. Der Autor kämpft aber hier mit den Waffen der Satire. Ein entzückendes Weib aus dem Familienleben malt Tschadow in dem häufig aufgeführten Einakter „Der Heiratsantrag“, in dem Rechtsaberei und andere kleine menschliche Schwächen aufs Korn genommen werden. Der Abend bewegt sich auf bemerkenswert hohem Niveau. Auf dem Theatergettel prangen keine Stürme. Aber der Regisseur Paul Marx versteht es, aus seinen Darstellern ein fein abgeordnetes Ensemble zu machen. Camillo Kossuth ist ein erschreckend kalter gefühlloser Untersuchungsrichter. Paul Marx legt in seine kleine Rolle des alten Justizbüsters all den Jammer der Ausgestoßenen und vom Schicksal Zeretretenen. Und Richard Duschinsky hat Gelegenheit, seine schauspielerischen Fähigkeiten in allen Richtern anzulegen zu lassen. Auch Sidonie Borm fällt durch ihre ergreifende Darstellung in der Rolle einer Dirne auf. Dgr.

Eine Radiohochschule für russische Bayern. In Beningrod wird eine landwirtschaftliche Hochschule eingerichtet, deren Vorträge für die Bayern des Gouvernements berechnet sind. Da die Bayern nicht die Möglichkeit haben, längere Zeit in der Stadt zu verbringen, so werden die Vorträge, die nicht nur die Landwirtschaft sondern auch Fragen der Sowjetpolitik betreffen, durch Lautsprecher in den Häusern der Dorfbewohner weitergegeben. Nach Ablauf von sechs Monaten dürfen die Bayern sich zu einer Prüfung melden und erhalten beim Bestehen derselben ein entsprechendes Zeugnis.

Schon 13 000 amerikanische Auto-Opfer in diesem Jahr. Eine besondere Verklammerung findet in diesen Tagen in Philadelphia statt, die Mittel und Wege ergründen will, um die schreckliche Totenliste der Automobilunfälle einzuschränken. Bis zum 1. Oktober sind in diesem Jahre bereits 13 000 Menschen durch Kraftwagen getötet und 350 000 bei solchen Unfällen verletzt worden. Im Jahre 1925 wurden 25 500 Personen durch Kraftwagen in den Vereinigten Staaten getötet. Das ist eine Menge von 17,2 auf 100 000 Einwohner. 1924 belief sich die Ziffer auf 15,7, 1923 auf 14,9 auf 100 000.

Schaufführungen der Woche. Mont. 23. a. Rollendorfsplatz: „Jacobs Träume“. Mittw. 24. a. Rollendorfsplatz: „Kabale u. Liebe“. Freit. 25. a. Rollendorfsplatz: „Sinfonie“.

Neualta-Vorstellungen. Sonnt. 26. Mittw. einst. 27. Die Unschelichen. Sonnt. 27. Finnland. ab Mont. 28. (5 u. 8). Das futuristische Zentralamerika. Donnerst. bis Sonnab. einst. 29. Ernst Jacodts Runhäjage.

Ein Holländisches „Bayceuth“. Die Holländische Presse tritt in großen Maßstäben für den Bau ein, in Delft, dem Ort, in dessen Nähe Verbi geboren wurde, ein Festspielhaus zu errichten, wie es sich Wagner in Bayreuth geschaffen hat. Dieser „Verbi-Tempel“ soll alljährlich Aufführungen von Verbi's Werken bieten.

Kleis-Deels 1926 Der Beauftragte der Kleis-Stiftung, Dr. Bernhard Diebold, verteilt den diesjährigen Preis von 1500 Mark in zwei Teilen zu 1000 Mark und zu 500 Mark an die Autoren: Alexander Zerkow, Dolenta für seine dramatischen Arbeiten „Deltensche Komödie“, „Lampetrova“ und „Demetrius“. Alfred Neumann für den Roman „Der Teufel“. Eine ehrende Erwähnung fällt auf Martin Kessel für seine Großstadtromane und eine Gedichtsammlung „Gedächtnis Kurven“.

Werbe-Erfolge vor den Toren Berlins.

Fortschritte im Bezirk Brandenburg.

Im Bezirk Brandenburg wird die Werbeweche allerorts besonders rührig durchgeführt. Die Versammlungen sind stark besucht, und es herrscht in ihnen eine zuversichtliche Stimmung. Nur von zwei Orten wurden uns bisher die Zahlen von neu aufgenommenen Parteimitgliedern und Abonnenten bekannt: In Frankfurt a. d. O. wurden in den ersten Tagen der Woche 115 neue Abonnenten und 68 neue Aufnahmen für die Partei gebucht. In Luckenwalde wurden 50 Mitglieder und ebensoviel Abonnenten gewonnen. Das sind natürlich noch keine endgültigen Ziffern.

Die Hoffnung der Kommunisten, mit der Hege gegen unsere Landtagsfraktion für die SPD. Geschäfte machen zu können, geht nicht nur im Brandenburgischen Bezirk schwer zu Bruch. Soweit kommunistische Redner in unseren Versammlungen sprechen, werden sie mit ihren demagogischen Wägen abgewiesen, und die Versammelten zeigen, nach Darlegung des tatsächlichen Sachverhalts durch unsere Redner, durchaus Verständnis für die Haltung unserer Fraktion.

In einem Ort des Brandenburgischen Bezirks war eine von den Kommunisten einberufene „öffentliche Volksversammlung“, in der sich ein Berliner SPD.-Führer mit dem „Hohenzollernabkommen“ und dem „Kongress der Werktätigen“ beschäftigte, von ganzen zehn Männern besucht!

Starker Erfolg auch in Sachsen.

Unsere Parteigenossen in Sachsen stehen mitten im Wahlkampf für die Landtagswahlen, so daß sie ihre Kraft nicht allein auf die Agitation in der Werbeweche konzentrieren können. Trotzdem war im Bezirk Ostsachsen schon bis gestern ein starker Erfolg in der Agitation für die Parteipresse zu verzeichnen; Angaben über Neuaufnahmen für die Partei fehlen noch. Die „Dresdener Volkszeitung“ gewann bisher 2600 neue Leser. Dazu kommen noch rund 1000 neue Abonnenten für die im Bezirk erscheinenden Kopfbücher.

Die Reichsdienststrafordnung.

Beratung im Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten setzte die Beratung über den Entwurf einer Reichsdienststrafordnung bei § 52 fort. Dieser Paragraph enthielt dem geltenden Rechte gegenüber die Neuerung, daß die Unteruchung nicht in allen Fällen erforderlich ist. Diese Vorschrift sollte der Vereinfachung des Verfahrens und der Verminderung unnötiger Kosten dienen. Der Ausschuß war aber der Ansicht, daß eine Unteruchung auf alle Fälle stattfinden müsse. Die Bestimmung wurde also gestrichen.

Auch die folgenden Paragraphen, die die Aufgabe der Unteruchung, die Ausdehnung und die Form der Unteruchungshandlungen zum Inhalt haben, wurden einer eingehenden Beratung im Ausschuß unterzogen. Grundlegende Änderungen wurden hierbei jedoch nicht vorgenommen.

Es ist damit zu rechnen, daß die Reichsdienststrafordnung den Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten auch die ganze nächste Woche hindurch beschäftigen wird.

Die Werbeweche in Mahlsdorf.

Mahlsdorf-Süd hatte gestern eine sehr gut besuchte Werbeweche. Genosse Landa gab ein anschauliches Bild von der Wirtschaftskrise und ihrer furchtbaren Begleiterscheinungen. Auch hier kann gesagt werden: wir klagen an die Rechtsregierung im Reich, die nicht eine ihrer vielen Versprechungen eingehalten und bisher nichts unternommen hat, um die Auswirkungen der Krise abzumildern und die Arbeitslosigkeit mit ihren Lebenserscheinungen zu lindern. Wir klagen an das Arbeitgebertum, das mit seinen Maßnahmen die Krise nur noch mehr vergrößert. Die großen Aufgaben unserer Partei liegen in der Lösung dieser wirtschaftlichen Probleme, die durch die technische Revolution noch vergrößert und erweitert werden. Zu dieser positiven Arbeit müssen aber auch alle Kräfte des Volkes in den Dienst der Partei gestellt werden, um eine Gesundung der Verhältnisse im Sinne der fortschrittlichen Entwicklung herbeizuführen. Gegenüber diesen großen Aufgaben treten alle übrigen Fragen zurück, und die Erfolge unserer Politik werden davon abhängen, ob es uns gelingt, beispielsweise das rote Wien, wo jeder vierte Einwohner Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, auf Deutschland zu übertragen. Jeder werde aber auch Leser des „Vorwärts“! — Die daraus folgende Diskussion war ein geistiger Gewinn und diente zur Klärung umstrittener Fragen. Nur ein verkappter Kommunist versuchte politische Phrasen an den Mann zu bringen, die Länge seiner Rede konnte den Inhalt nicht ersetzen. Genosse Landa konnte den Schwadronner leicht überführen. Mahlsdorf kann mit dem Erfolg der Werbeweche zufrieden sein, hier hat die Partei festen Boden. Es wurde eine größere Anzahl von Mitgliedern für die Partei gewonnen und noch mehr Abonnenten dem „Vorwärts“ zugeführt.

Mordprozeß Schuhmann.

Das Wiedererkennen.

In dem Prozeß wegen der Ermordung des Tabakhändlers Wurzel wurde der Angeklagte Schuhmann von allen wiedererkannt. Der Angeklagte mag nach der gestrigen Gerichtsverhandlung eine böse Nacht gehabt haben. Er erschien im Gerichtssaal noch blässer als gestern. Die Aussagen der Zeugen trieben ihm aber bald die Farbe ins Gesicht. Er sitzt da mit tief rot gefärbten Ohren und fest zugekniffenen Lippen und blickt schweigend auf die Zeugen, die ihn alle nacheinander mit größter Bestimmtheit wiedererkennen.

Da erscheint zum Beispiel als erster Junge der 14jährige Laufburke Schönhöner. Er hatte an dem fraglichen Morgen den Angeklagten mehrere Male gesehen, als er von seinen Touren zurückkam. Er hat an seinen Paletotausfäßen keinen Riß bemerkt. Dagegen befindet der 14jährige Laufburke Kurz, der gegen 1/2 Uhr sich in der Nähe des Kurischen Lotals befand, daß er bei dem jungen Menschen, der an ihm mit schnellen Schritten vorbeiging, einen Riß gesehen habe. (Dieser Riß soll durch Frau Boelch bei dem Überfall auf sie verursacht worden sein.) Der Zeuge Kurz hat den Angeklagten im Polizeipräsidium unter sechs Personen herausgefunden. Auch hat er auf der durch den zurückliegenden Hut freigelegten Schläfe des jungen Menschen einen Leberfleck bemerkt. Er erkennt nun in dem Angeklagten Schuhmann den jungen Menschen wieder. An der Stirn des Angeklagten befindet sich auch der Leberfleck. Der Zeuge Zimmermann kopfte gerade an die Tür, als sich der Täter noch drin befand. Dieser hat ihn, später zu kommen. Der Zeuge sah im Zimmer die am Kopf blutende Frau Boelch. Später sah er den jungen Menschen schnell aus dem Keller kommen. Der Zeuge Heinrich sah einen jungen Menschen vorbeilaufen, der keinen Paletot aufnahm. Der Monsieur Green wurde von einem jungen Menschen um die gleiche Zeit im Vorüberlaufen angestochen; dieser entschuldigte sich nicht. Dem Steindrucker Wöhrich ist das aufgeregte Wesen eines jungen Menschen, der ihm entgegenkam, aufgefallen. Er laute sich noch: Der ist nicht richtig bei Groschen. Er konnte das Bild nicht los werden und erkannte beim Unteruchungsrichter in dem Angeklagten den jungen Menschen, der ihm damals aufgefallen war. Auch eine weitere Zeugin erkannt in Schuhmann den Täter.

Im religiösen Wahnsinn!

Freiwilliger Feuertod einer Frau. — Der Fetischist am Windmühlenflügel.

Der grauenvolle Selbstmord einer Frau verursachte in der vergangenen Nacht in dem Hause Wühlischstraße 55 zu Lichtberg große Aufregung. Hier wohnte im 3. Stock der Steinzeiger Eppert mit seiner 34 Jahre alten Frau Elisabeth und zwei Söhnen von 12 und 9 Jahren. Durch gellende Hilferufe der beiden Knaben wurden in der Nacht gegen 2 Uhr die Hausbewohner aufgeschreckt.

Eppert war auf Nacharbeit bei Pflasterungen in der Zimmerstraße. Seine Frau hatte die beiden Knaben zur gewohnten Zeit zu Bett gebracht. Diese nahmen nun, als sie gegen 2 Uhr erwachten, wahr, daß aus der Küche Qualm und Rauch herausdrang. Weil die Tür von innen verriegelt war und sie die Mutter nicht fanden, so schrien sie in ihrer Angst um Hilfe. Nachbarn riefen sofort die Feuerwehr. Durch das Küchenfenster sah man einen hellen Feuerschein. Die Wehrleute reiteten die beiden Knaben über ein Caféfenster hinweg und drangen dann in die Wohnung ein. Vom benachbarten 255. Revier war unterdessen auch Kriminalkommissar Habermann mit mehreren Beamten erschienen. Die Küche bot einen grauenvollen Anblick. Frau Eppert lag auf dem Kohlenkasten mit völlig verbranntem Oberkörper, Brust, Rücken und Kopf. In dem Kasten brannte ein helles Feuer, die ganze Küche war bereits verqualmt. Weil dieser Befund an ein Verbrechen denken ließ, so wurde auch die Mordkommission der Kriminalpolizei alarmiert, von der Kriminalkommissar Bürger alsbald mit mehreren Beamten erschien. Ein Arzt, der herbeigerufen wurde, konnte bei Frau Eppert nur noch den Tod feststellen. Nachdem Eppert von seiner Arbeitsstelle herangeholt worden war, konnte bald festgestellt werden, daß kein Verbrechen, sondern ein Selbstmord vorlag, wie er in der Art der Ausführung kaum schauerlicher gedacht werden kann. Die Eheleute lebten im besten Einvernehmen und in guten wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Frau aber litt seit einiger Zeit an religiösem Wahnsinn. Das Weiden machte sich bald mehr, bald weniger bemerkbar. Vor einigen Tagen bereits versuchte die Unglückliche, sich in ihrer Wohnung mit Gas zu vergiften, indem sie den Schlauch von dem Kocher in der Küche löste. Ihr Mann kam gerade noch zur rechten Zeit, um sie zu retten. Sie war aber bereits so stark mitgenommen, daß sie ärztlich behandelt werden mußte. In der vergangenen Nacht führte sie ihren Selbstmordplan auf eine furchterliche Weise durch. Sie wußte, daß ihr Mann die Nacht durch zu arbeiten hatte, daß also von ihm keine Heberauskunft zu erwarten war. Nachdem sie die Knaben zu Bett gebracht hatte, riegelte sie sich in der Küche ein. Wahrscheinlich brachte sie dann noch längere Zeit mit religiösen Betrachtungen zu, bis der Wahn sie zu der entsetzlichen Tat trieb. Wie der Befund ergab, drehte sie den Gasbrenner auf und leitete den Schlauch in den Kohlenkasten. Dann nahm sie eine Karbidlampe, zündete mit ihr ihre Kleidung an, stellte die Lampe ebenfalls in den Kohlenkasten, setzte sich nun auf diesen und erwartete so den qualvollen Feuertod. Der ganze Oberkörper war über und über mit Brandwunden bedeckt. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Die Folgen einer Schlägerei.

Während die Mordkommission noch am Orte dieses schauerlichen Selbstmordes weilte, lief eine zweite Meldung von einem Leichenfund in derselben Straße ein. Vor dem Hause Wühlischstraße 25 war ein Mann zwischen zwei Steinhäusern, die dort zu Pflasterarbeiten liegen, von einer Streife des 255. Reviers mit Verletzungen an der rechten Stirnseite, an der Schläfe, über dem linken Auge und an der Nasenwurzel tot aufgefunden worden. Die Kriminalbeamten begaben sich sofort an den Fundort und auch hier gelang bald die Aufklärung. Der Tote wurde festgestellt als ein 38 Jahre alter früherer Polizeibeamter wachmeister Otto

Jedem das Seine.

Die Parteien auf der Rechten haben den Stockknupfen bekommen, seit die Bürgerlichen und Republikaner sich gegen den Stings-Friederichs erklärt haben — Und ein Hohenzoller wird nicht schmachtet, wenn man ihm statt des Soldatenrocks den Staatsrock umhängt. Daß den Monarchisten an der Erhaltung gerade dieser Marke sehr viel gelegen ist, erscheint begreiflich; bietet sie ihnen doch die ersuchte Gelegenheit, die früher geübte Speichelleckerei an einem Mitglied der Hohenzollernfamilie in gewohnter Weise — rüdlings — öffentlich weiter zu treiben.

Mit dem Mut der Verzweiflung kämpfen sie für „ihre“ Marke und kein Mittel scheint ihnen zu schlecht. In ihrer blinden Wut vergriffen sie sich sogar an Deutschlands im besten Sinne nationalsten Dichter „Schiller“ und beschimpfen ihn. Zur Zeit der Befehung des Ruhrgebiets war er der Sänger der Freiheit des gedrückten deutschen Volkes; — und ungeheuer war der Applaus, wenn Teil im Engpaß Gehler niederstreckte, der verfluchte Deutsche den gallischen Tyrannen. — Heute ist Schiller nur noch ein + Revolutions-, der rote Haare — nicht nur auf den Zähnen hat —; der Teil, ein Sozialist, der aus dem Hinterhalt Gehler, den Vertreter monarchischer Gewalt, feige und erbärmlich tötet. In umgekehrter Befehung läßt man sich gefallen; man denke: Teil — Techow, Gehler — Rathenau; oder: Graf Arco — Kurt Eisner.

Wie wäre es, wenn die Herren Monarchisten es machten wie im Kriege? Da gab es ja: Lokale — nur für Offiziere; Unterstände — nur für Offiziere; Vatrinen und Bordelle — nur für Offiziere; die Herren haben es ja noch in Übung. Gedruckt ist die Marke nun schon einmal, man gebe die vorhandene Auflage aus, jedoch mit dem Reservotvermerk: Nur für Monarchisten!

Die Kommunisten im Sportpalast.

Der Rote Frontkämpferbund hatte gestern seine Mannen in den Sportpalast gerufen, um „gegen den Hohenzollernvergleich und die Sozialdemokratie zu protestieren“. Aus den Bezirken zogen die einzelnen Frontkämpferabteilungen mit Musik in den Sportpalast ein, kein Wunder, daß die Neugierigen zahlreich die Eingänge belagerten. So war denn der Raum der Stadtbahn emporgehoben. Was kam, war eine Schimpfpanonade gegen die SPD. Als erster sprach der „Transportarbeiter“ Thälmann, ihm folgten Bedebour und Dr. Friedländer, schließlich der unvermeidliche Pieck von der kommunistischen Landtagsfraktion, der Häuptling der Krakeeler. Zwei Resolutionen wurden angenommen, von denen die erste „Flammenden Protest“ gegen alles mögliche erhebt, während die zweite die Kländischen vom Oktober 1923 begünstigt. In späterer Abendstunde begann der Abmarsch. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Schutzpolizei. Rote Frontkämpfer versuchten in mehreren Demonstrationen zügen nach verschiedenen Richtungen hin durch die Potsdamer und Winterfeldtstraße abzumarschieren. Ein Polizeioffizier

Steinke, der in der Wühlischstraße 35 in einem früheren Ladenraum wohnte. Steinke hatte nach dem Austritt aus dem Polizeidienst sich zum Chauffeur ausgebildet und wollte heute eine Kraftdrohke im eigenen Betrieb übernehmen. In der Nacht um 3 Uhr wurde das 255. Revier alarmiert, weil in der Gegend eine Schlägerei stattfand. So stieß die Streife auf den Toten. Die Ermittlungen ergaben, daß der Steinzeiger Herzog aus der Krossener Straße auf dem Heimwege von zwei Burchen überfallen und mißhandelt worden war. Steinke, der dazu kam, rief, es sei doch eine Gemeinheit, einen Menschen auf der Straße anzufallen und zu schlagen. Das veranlaßte die Burchen, von Herzog abzulassen und sich auf ihn zu stürzen. Als Steinke unter den Hieben zusammenbrach, ließen die Burchen ihn liegen und liefen davon. Die Ermittlungen der Mordkommission und der anderen Beamten führten aber bald auf ihre Spur. Nach den Angaben von mehreren Zeugen wurde festgestellt, daß es ein 39 Jahre alter Rohrleger Hermann Kriß aus der Wühlischstr. 26 und ein 24 Jahre alter Dreher Willi Kirsch aus der Lange Str. 107 waren. Kriß wurde sofort in seiner Wohnung und Kirsch heute morgen ebenfalls festgenommen. Kriß gab gleich zu, daß der Mann unter ihren Händen zusammengebrochen sei. Ob die Verletzungen unmittelbar zum Tode geführt haben, bedarf noch der Feststellung. Die Leiche Steinke wurde beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein Fetischist.

Heute früh fand der Windmühlenbesitzer Linke an dem Rade seiner Mühle in der Nähe des Dorfes Berge bei Rathenau den Leichnam einer Frau. Bei der näheren Untersuchung zeigte es sich aber, daß diese Frau ein Mann war, der in nicht weniger als 10 leibenen Frauenkleidern steckte. Bald darauf hatte die Polizei die ungefähren Personalien des Toten ermittelt. Es handelt sich um einen 62 Jahre alten Mann, der am Tage vorher auf der Polizei vorgab, ein aus Ostpreußen zugewandelter Handwerker zu sein. Mit Papieren konnte er nicht aufwarten. Seiner Behauptung nach hätte er sie verloren. Die Leiche, die man bei dem Toten fand, waren alle aus teuerer Seide hergestellt. Außerdem trug der Tote leibene Damenunterwäsche. Jedenfalls handelt es sich hier um einen Fall sexueller Perversion. Den Anzug hatte übrigens der Tote an einem anderen Windmühlenflügel befestigt. Augenblicklich steht noch nichts Genaues über die Personalien des Fremden fest. Nach Angabe der Kerze scheint das Alter zu stimmen. Allerdings glaubt man nicht, daß der Verstorbenen Handwerker gewesen ist, da sein ganzes Neuhäuser eher auf ein Mitglied der intellektuellen Kreise schließen läßt.

Ein entsetzliches Brandunglück, bei dem ein 15jähriger Lehrling den Tod fand, trug sich heute morgen in einer Automobilreparaturwerkstätte in der Trepptower Str. 7 zu. Wie erfahren hierzu folgende Einzelheiten: Heute morgen kurz nach 8 Uhr war der 15 Jahre alte Lehrling Franz Wald aus der Bodestraße 18 zu Neukölln damit beschäftigt, den Ofen anzuputzen. Als die Holzschichte nicht gleich in Brand geriet, nahm W. eine Benzinlampe zur Hand, um von der gefährlichen Flüssigkeit etwas auszugleichen. Diese Unvorsichtigkeit sollte dem jungen Manne zum Verhängnis werden. Raub hatte er etwas Benzin in den Ofen gegossen, als eine riesige Stichflamme herausstach und die Lampe explodierte. Der junge Mann wurde von den Flammen erfaßt und brach mit lautem Schreie aus, am ganzen Körper brennend, zusammen. Ehe noch Hilfe zur Stelle war, hatte W. so schwere Brandwunden erlitten, daß er nach wenigen Minuten verstarb. Die Feuerwehr, die inzwischen herbeigeeilt war, löschte den entstandenen Brand nach kurzer Zeit.

von mehreren roten Frontkämpfern umringt und tödlich angegriffen. Schutzbeamte eilten zu Hilfe und machten vom Polizeiknüppel Gebrauch. Es erfolgte eine Festnahme. Ein Reichswehrsoldat, der die Potsdamer Straße durchfuhr, wurde von Kommunisten umringt und von seinem Rade gestochen. Auch hier griff die Polizei sofort ein und verhaftete die Rädelführer. Dann erfolgte an der Ecke der Bülow- und Potsdamer Straße abermals Zusammenstoß mit der Polizei. Ein größerer Trupp stieß beleidigende Rufe gegen den Reichspräsidenten aus. Elf Zwangsstellungen nahm die Polizei darauf vor. Insgesamt wurden 14 Personen verhaftet und dem Polizeipräsidium zugeführt. Einige der Demonstranten sollen Verletzungen erlitten haben; doch ist weder auf einer Rettungsstelle noch im Krankenhaus jemand zur Behandlung eingeliefert worden.

Die Behauptung der „Roten Fahne“, daß die Verhafteten auf Eingreifen des Abg. Thälmann freigelassen worden seien, ist unwohl. Die 14 Eistriten sind der Abteilung I A im Polizeipräsidium (Politische Polizei) vorgeführt worden und werden dort zurzeit noch vernommen.

Familientragedie in Dahlem.

Eine furchtbare Familientragedie spielte sich heute vormittag gegen 10 Uhr in der Villa Bücklerstraße 14 zu Dahlem ab. Der 66 Jahre alte aus Lohn gebürtige frühere Fabrikant Julius Wurmbach erschah seine 56 Jahre alte Ehefrau Wally und deren 55 Jahre alten Bruder H. Möglin. Frau Wurmbach und ihr Bruder lagen in ihren Schlafzimmern entleert in den Betten. Wurmbach selbst wurde im Schlafzimmer seiner Frau halb angeleibet tot auf dem Fußboden liegend aufgefunden. Er hatte Frau und Schwager, während sie noch schliefen, durch Kopfschüsse getötet und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf gejagt. Wie es heißt, hat ihn Furcht vor völliger Verarmung zu der Tat getrieben.

Staatsanwalt a. D. Dr. Kuhmann als Zeuge. In dem Ehescheidungsprozeß des Banddirektors Dr. Weigler, der heute vor dem Landgericht III begann, beschloß das Gericht, Dr. Kuhmann als Zeugen zu laden. Dr. K. soll bekanntlich mit der Frau des Dr. Weigler anlässlich einer lehrschuldigen Fahrt auf seiner Segeljacht ein Liebesverhältnis angeknüpft haben.

Auf einer Bank im Freien erfroren. Patrouillierende Polizeibeamte trafen in der letzten Nacht auf einer Bank in der Lochringer Straße einen etwa sechzigjährigen, nur teilweise bekleideten Mann an. Wie sich ergab, war der Unbekannte infolge allzu starken Alkoholgenußes bei der niedrigen Temperatur eingeschlafen. Er wurde zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo der Arzt aber keine Körperverletzungen feststellen konnte. Nun wurde er zur Woche mitgenommen, damit er seinen Raub in der Polizeizelle ausschleife. Im Laufe der Nacht aber verstarb der Mann. Bei einer neuerlichen ärztlichen Untersuchung stellte sich heraus, daß der Unbekannte den Erfrierungstod gefunden hatte.

Die Flugübertragung vom Flugplatz Tempelhof, die aus Anlaß eines sogenannten Funkfluges für Sonntag früh 8 1/2 Uhr angekündigt wurde, ist bis auf weiteres wegen ungünstiger Witterungsverhältnisse verschoben worden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Neues von der Firma Wilhelm Joseph, Schöckers, Weststr. 160. Der neuen Verkaufszeitung folgend, hat sich auch die Firma Wilhelm Joseph entschlossen, in ihrem Kaufhaus eine Sonderabteilung für Einzelverläufe einzurichten. Aus allen Abteilungen des Kaufhauses sind gute Qualitätswaren zu 50 und 96 Pf. zusammengekauft. Diese Sonderartikel haben zum größten Teil einen höheren Verkaufspreis. So daß hier für jede Hausfrau Gelegenheit besteht, ihre Artikel besonders billig zu erwerben. Wir empfehlen das beste Preisniveau.

Oeffentliche Werbeversammlung

Rahnsdorf.

7 Uhr im Lokal Sorge, Rahnsdorfer Mühle.

Referent: Professor Dr. Reinhard Strecker.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

